

Beschluss

vom 6. August 2002

Nr. 2237

Interpellation

Interpellation Christina Fehr Dietsche: Drohende Postschliessungen in der Stadt St.Gallen; mündlich

Der Stadtpräsident berichtet:

Am 11. Juni 2002 reichten Christina Fehr Dietsche und 29 Mitunterzeichnende eine Interpellation betreffend Redimensionierung des städtischen Poststellen-Netzes ein.

Der Stadtrat behandelt die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

In der schriftlichen Beantwortung der Interpellation „Poststellenschliessungen – einfach so hinnehmen?“ hatte der Stadtrat am 15. August 2000 bereits einmal die Gelegenheit, sich grundsätzlich zum Thema „Umbau Poststellennetz“ und zu möglichen Konsequenzen für die Stadt St.Gallen zu äussern.

Dieses gesamtschweizerische Projekt des Unternehmens „Die Post“ sieht vor, die rund 3'200 Verkaufsstellen (Stand: Oktober 2001) bis ins Jahr 2006 auf rund 2'500 – 2'700 Einheiten zu reduzieren. Dabei soll die flächendeckende Grundversorgung – der service public – in jedem Fall gewährleistet bleiben.

Der Abbau von Poststellen hat landesweite Diskussionen ausgelöst, selbst im eidgenössischen Parlament, welches der Post erst 1997 den Leistungsauftrag zur Erbringung eines ausreichenden Universaldienstes erteilt hat. Im damals beschlossenen Postgesetz und auch in der dazugehörenden Verordnung findet sich kein Wort über das künftige Poststellenangebot oder andere Infrastruktureinrichtungen. Es werden lediglich die geforderten Dienstleistungen – oder anders ausgedrückt: der service public – umschrieben. Der Gesetzgeber hat bewusst darauf verzichtet, der Post vorzuschreiben, wie sie ihre Leistungen zu erbringen



hat. Allerdings verlangt das Gesetz, dass die Preise für die Dienstleistungen distanzunabhängig, jedoch kostendeckend sein müssen. Dies lässt eine gewisse Quersubventionierung zu, die Preise müssen aber ohne öffentliche Zuschüsse alle Kosten der Post decken, sowohl die laufenden Ausgaben als auch Abschreibungen und allfällige Rückstellungen für Neuinvestitionen.

Aber nicht nur diese Verpflichtung zur Eigenwirtschaftlichkeit zwingt das Unternehmen Post, ihr Verkaufsnetz den künftigen Entwicklungen anzupassen: zum einen trägt die Post mit dem Umbau des im Umfang von rund CHF 500 Millionen defizitären Verkaufsnetzes dem veränderten Kundenverhalten Rechnung. Neue Produkte und Dienstleistungen, wie der elektronische Zahlungsverkehr über Internet, aber auch veränderte Gewohnheiten der Kundinnen und Kunden wie beispielsweise der vermehrte Einsatz von Fax, Handy, E-mail und SMS, welche den Briefverkehr in verstärktem Masse verdrängen, als auch neue Formen des Abhol- und Lieferservices für Geschäftskunden, bewirken stark sinkende Kundenfrequenzen bei den Poststellen. Zum andern führt der schrumpfende Monopolbereich zu weiteren finanziellen Herausforderungen: so beabsichtigt der Bundesrat, den Postmarkt schrittweise weiter zu öffnen. Im Jahr 2004 soll der Paketmarkt vollständig geöffnet und ab dem Jahr 2006 die Monopolgrenze im Briefbereich auf 100 g gesenkt werden, wobei diese Änderungen im Rahmen einer Gesetzesänderung vom Parlament noch zu beraten und beschliessen sind. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass schon heute nationale Postunternehmen wie die Deutsche oder Französische Post sowie private Anbieter wie UPS und Fedex die Schweizerische Post konkurrieren. Diese Unternehmen können von allem Anfang an flexible Strukturen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen aufbauen und allenfalls bereits bestehende Verkaufs- und Vertriebsnetze benutzen. Vor diesem Hintergrund steht die Schweizerische Post in einem Balanceakt, einerseits die Voraussetzungen für die langfristige Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen und andererseits den gesetzlichen Leistungsauftrag – die flächendeckende Grundversorgung mit postalischen Dienstleistungen – sicherzustellen. Im Rahmen der ihr zugestandenen unternehmerischen Freiheit ist sie somit nur an den „service public“, bewusst nicht aber an eine „infrastructure public“, wie Poststellen auch bezeichnet werden können, gebunden.

In diesem veränderten Umfeld ist es verständlich, dass die Post im Sinne der flächendeckenden Grundversorgung nicht nur die unrentabelsten Verkaufsstellen in den abgelegenen Tälern abbauen kann, sondern dass auch die Stadtbevölkerung mit vergleichsweise komfortablem postalischen Angebot ihren Beitrag zur Kosteneindämmung leisten muss. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Schweiz auch nach dem Netzbau mit rund 2'700 Personen pro Poststelle (heute rund 2'100 Personen) weltweit eines der dichtesten Netze aufweisen wird (FRA 3'491, BRD 5'864, AUT 3'358, GBR 3'203, ESP 9'870).



Um gleiche Massstäbe und Kriterien für die Optimierung der Stadtnetze anzusetzen, beauftragte die Post ein privates, wissenschaftliches Institut¹. Dieses sieht für die Stadt St.Gallen aufgrund von Kundenbefragungen einerseits und eigener Analysen auf der Basis von neun Qualitätskriterien andererseits eine Redimensionierung um 3 von heute 14 auf 11 Poststellen vor. Während heute auf je 5'000 Einwohner eine Poststelle entfällt, beträgt der entsprechende Wert nach dem Umbau 6'363. Im Vergleich der acht untersuchten Städte² weist St.Gallen damit die drittiefste Einwohnerzahl je Verkaufsstelle aus. Mit dem Abbau von drei Poststellen verlängert sich die durchschnittliche Distanz sowohl ab Wohnort als auch ab Arbeitsplatz um durchschnittlich 36 auf 500 respektive 428 Meter, was im Städtevergleich den tiefsten bzw. zweittiefsten Wert ausmacht. Unter Würdigung all dieser Aspekte darf somit die Optimierung des Poststellennetzes auf dem Stadtgebiet von St.Gallen vergleichsweise als zumutbar und vertretbar bezeichnet werden.

2 Stellungnahme zu den Interpellationsfragen

Zu den drei in der Interpellation aufgeworfenen Fragen nimmt der Stadtrat wie folgt Stellung:

1. Teilt der Stadtrat den Eindruck, dass die von der Post einberufene Projektgruppe zur Abklärung der lokalen Besonderheiten zur Alibiübung geraten ist?

Die Studie des Instituts hat insofern eine Verunsicherung ausgelöst, als sie aus theoretischer Sicht die zu schliessenden Verkaufsstellen bezeichnet hat und diese auch an der Medienkonferenz vom 20. November 2001 genannt wurden, nämlich die Postfilialen Linsebühl, Kantonsspital und Rotmonten. Damit entstand der Eindruck eines „fait accompli“.

Die Post hat anschliessend eine Arbeitsgruppe mit dem Präsidenten der Vereinigten Quartiervereine und je einem Vertreter der Stadtplanung sowie der Stabsstelle Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing einberufen mit dem Ziel, die von der Studie gemachten Vorschläge zu überprüfen und gegebenenfalls Optimierungsvorschläge einzubringen.

Die Arbeitsgruppe hat sich bis heute zu vier Sitzungen eingefunden. In der Tat erweist sich der für alle Städte durch die Post erarbeitete Prozessablauf als schwerfällig. So hat die im Prozess vorgesehene und zwischenzeitlich durchgeführte flächendeckende Umfrage bei allen Quartiervereinen nicht zur Klärung der Verhältnisse beigetragen. An der letzten Sitzung wurde daher beschlossen, das Verfahren insofern zu ändern und zu beschleunigen, als die

¹ SiTE – Systèmes d'aide à la décision en aménagement du territoire, Lausanne

² Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, Lugano, St.Gallen, Zürich



Post nun die ihrer Ansicht nach aufzuhebenden Poststellen bezeichnen soll. Anschliessend werden diese Vorschläge von Vertretern der entsprechenden Quartiere und der Stadt auf Optimierungsmöglichkeiten geprüft. Nachdem die Post ihre betriebswirtschaftlichen Kennzahlen je Verkaufsstelle – trotz einer entsprechenden Forderung der Stadtvertreter – nicht offen legen will und sie letztlich den Entscheid selbst fällen wird und zu verantworten hat, dürfte die Einflussmöglichkeit von Quartierverantwortlichen und Stadtverwaltung allerdings bescheiden sein.

2. Wie beurteilt der Stadtrat das bestehende Angebot der Post in der Stadt St.Gallen? Wie schätzt er die Entwicklung der bereits heute stark belasteten Hauptpost und der überlasteten Post Brühltor ein, bei einer zusätzlichen Mehrbelastung?

Die Poststellendichte in St.Gallen darf im internationalen Vergleich, aber auch verglichen mit andern Schweizer Städten – wie eingangs erwähnt – auch nach dem Umbau des Netzes nach wie vor als befriedigend bezeichnet werden, zumal alle Filialen mit öffentlichen Verkehrsmitteln innert 5 bis 10 Minuten erreichbar sind. Die Zugänglichkeit verschiedener Poststellen mit privaten Verkehrsmitteln ist jedoch aufgrund fehlender Parkplätze teilweise erschwert. Da bereits anlässlich der Medienkonferenz vom November 2001 darauf hingewiesen wurde, dass die Schliessung von drei Poststellen vorwiegend eine Umlagerung und kaum einen Abbau von Personal zur Folge haben wird, dürften die grossen Verkaufsstellen personell verstärkt werden. Die Post ist sich der heute teilweise unbefriedigenden Wartezeiten in den beiden meist frequentierten Verkaufsstellen Hauptpost und Brühltor aufgrund der Auswertungen des internen Ticketsystems bewusst. Die Marktgebietsleitung wird in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Poststellenleitern alles daran setzen, die Kundenbedürfnisse in einem dauernden Prozess zu optimieren. Für die zu erwartende Mehrbelastung in einzelnen stark frequentierten Verkaufsstellen als Folge des Netzumbaus sieht die Post flankierende Massnahmen wie bauliche Anpassungen der bestehenden Infrastruktur, Flexibilisierung der Öffnungszeiten und gezielte personelle Verstärkungen vor.

3. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat grundsätzlich, sich für die Interessen der Stadtbevölkerung gegenüber einem staatlichen Monopolbetrieb stark zu machen?

Der Stadtrat hat in der Interpellationsantwort vom 15. August 2000 zum gleichen Thema ausgeführt, dass die Schliessung von Poststellen angesichts neuer Kundengewohnheiten, des beachtlichen jährlichen Defizits aus dem Betrieb des Poststellennetzes, des Erfordernisses zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Mitkonkurrenten sowie der zunehmenden Liberalisierung durch Lockerung des Monopolschutzes unausweichlich sein werde. Man könne nicht einerseits nach Liberalisierung und Kostensenkungen rufen und andererseits die Aufrechterhaltung bestehender Strukturen verlangen.



In diesem Sinne sind die Einflussmöglichkeiten des Stadtrates zur Wahrung der Interessen der Stadtbevölkerung gegenüber der Post mit dem dieser durch den Gesetzgeber auferlegten Leistungsauftrag bescheiden. Hingegen gilt es, im Rahmen der laufenden Projektarbeiten darauf hinzuwirken, dass die Post in teilweiser Kompensation zum Abbau von Poststellen konkrete Vorschläge entwickelt und unterbreitet, damit auch in Zukunft ein hoher Stand des „service public“ im neuen Stadtnetz von St.Gallen gewährleistet bleibt. Denkbar ist dabei – nebst den bereits erwähnten flankierenden Massnahmen – die Verlagerung einzelner Poststellen an Passantenströme mit guter Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr wie auch mit entsprechendem Parkplatzangebot. Dabei wird aus Sicht der Stadt allerdings auch auf bestehende Quartierstrukturen Rücksicht zu nehmen sein.

3 Anträge

Auf Antrag des Stadtpräsidenten beschliesst der Stadtrat:

1. Von den vorstehenden Ausführungen wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtpräsident wird beauftragt, im Grossen Gemeinderat in diesem Sinne Stellung zu nehmen.

Beilage:
Interpellationstext

Protokollauszug:
Stadtpräsident
Bauverwaltung (4)
Stabsstelle für Wirtschaftsförderung und Wohnortmarketing

